Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.80, durch die Post Mk. 3.75.

Die Annahme von Aufträgen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, in den Annahmestellen v. Parm in den Nachmittagsstunden von 4 bis 5 Uhr, Sonntags nur von 11 bis ½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf. Doppelzeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten 10 Pf.), bei 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Meyer's mollige Schlafröcke.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Wegen **vollständiger Aufgabe** der
Tuch-Handlung
Schreibergasse 2
alle Preise ganz bedeutend herabgesetzt,
theils unter Kostenpreisen.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz Hoflieferant — **6 Altmarkt 6** Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Dr. Kadner's Sanatorium
Niederlössnitz bei Dresden.
Diätkuren.
Comfortables Haus. — Electrisches Licht. — Centralheizung.

„Perfectio", Dr. med. Wolfermann's Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei **M. H. Wendschuch sen., Marienstr. 22b**

Nr. 320. Spiegel: Fernschreib- und Fernsprech-Berichte. Zwei Landtagsvorlagen. Hofnachrichten, Wildschäden, Außerordentlicher Etat, Vermögenssteuer, Sparmarken, „Flora". Samariterverein. Sinfonie-Concert.

Donnerstag, 18. November 1897.

Zwei Landtagsvorlagen.

Ein dringlicher Antrag auf Genehmigung zur Errichtung eines neuen Ständehauses ist dem Landtag zugegangen. Die Staatsregierung hat alsbald nach Schluß des vorigen Landtags den aufgestellten Bauplan für den Neubau eines Ständehauses einer Nachprüfung unterworfen, gleichzeitig aber die genaue Aufnahme des Brühl'schen Palais bewirken und eingehende Erörterungen über den baulichen Zustand des letzteren vornehmen lassen, die vorher und so lange das Brühl'sche Palais sich in der ausschließlichen Benutzung der Civilliste befand, nicht möglich gewesen waren. Das Ergebniß dieser Erörterungen war wider Erwarten ungünstig. Außer den ungünstigen baulichen Verhältnissen fällt als fernetes Bedenken in's Gewicht, daß es bei Erhaltung auch nur eines Theiles des Brühl'schen Palais unmöglich sein würde, das Gebäude gegen das Eindringen des Hochwassers zu sichern, weil eine solche Sicherung nur durch Heraushebung des Fußbodens des Erdgeschosses über die Hochwasserlinie und durch sorgfältige Betongründung zu erreichen ist, letztere aber in dem alten Gebäude nicht angebracht werden kann. Unter diesen Umständen mußte die Staatsregierung ihren ursprünglichen Plan, beim Bau des Ständehauses einen Theil des Brühl'schen Palais zu erhalten, aufgeben und sich für einen vollständigen Neubau entscheiden. Hierbei entstand die weitere, bereits in den Verhandlungen der Ersten Kammer berührte Frage, ob der Neubau auf das Areal des früheren Finanzhauses und des Brühl'schen Palais zu beschränken, oder durch Erwerbung und Niederlegung der an das Brühl'sche Palais anstoßenden Häuser an der Brühl'schen Gasse und der Terrassengasse ein größerer Bauplatz zu beschaffen sei. Es handelt sich hierbei um die Erwerbung von überhaupt neun Grundstücken mit zusammen 1037 Quadratmeter Fläche, für welche ein Gesammtkaufpreis von 582,000 Mark gefordert wird. Die Dringlichkeit des Antrags ergiebt sich nun daraus, daß die Verkäufer nur bis zum 31. Dezember d. J. an die Gebote gebunden sind. Obschon die Staatsregierung eine etwas höhere Beitragsleistung seitens der Stadtgemeinde Dresden gewünscht hätte, glaubte sie doch bei dem angebotenen Betrage von 200,000 Mark, dessen Erhöhung von dem Stadtrathe zu Dresden unbedingt abgelehnt worden ist, nach Lage der Sache Beruhigung fassen zu sollen und zwar hauptsächlich um deswillen, weil mit Rücksicht auf die untergeordnete Bedeutung der Brühl'schen Gasse und der Terrassengasse der Werth der an diese beiden Gassen abkommenden Flächen ungeachtet des hohen Erwerbspreises, den der Staatsfiskus dafür zahlen muß, für die Stadt nicht sehr hoch angeschlagen werden kann. Das Gebäude soll aus einem Sockelgeschosse, einem Erdgeschosse und drei Obergeschossen bestehen. Der Haupteingang liegt an der Augustusstraße, zwei Nebeneingänge befinden sich an der Brühl'schen Gasse; die Terrasse wird durch eine Freitreppe mit dem ersten Obergeschosse verbunden. Die Staatsschuldenverwaltung erhält einen besonderen Zugang vom Schloßplatz aus. Der Zugang zu den Tribünen erfolgt durch eine Durchfahrt an der Brühl'schen Gasse; eine zweite Durchfahrt liegt an der Terrassengasse. Das Sockelgeschoß enthält in seinem westlichen Theile Archiv- und sonstige Diensträume für die Staatsschuldenverwaltung, in seinem östlichen Theile Dienstwohnungen und verschiedene zu Archivzwecken geeignete Räume. Das Erdgeschoß enthält in der westlichen Hälfte als abgeschlossenes Ganzes Räume der Staatsschuldenverwaltung, in der östlichen Hälfte aber die für das Stenographische Institut, die Land-, Landeskultur- und Altes-Rentenbank bestimmten Räume. Das erste Obergeschoß enthält die Deputations- und Arbeitszimmer für die Zweite Kammer, einige Zimmer für die Regierung, Bibliothek, Archiv, Botenmeisterei, Kopistenzimmer, Deputationsregistrande. An der Augustusstraße liegen einige für die Banken bestimmte Diensträume. Im zweiten Obergeschosse befinden sich die beiden mit Oberlicht versehenen Sitzungssäle, sämmtliche Geschäftsräume der Ersten Kammer, sowie Räume für die Regierung, ein Theil der Geschäftsräume der Zweiten Kammer und des ständischen Archivariats, sowie endlich im Anschlusse daran das Buffet mit Erfrischungsraum. Im dritten Obergeschosse befinden sich die Tribünen für beide Sitzungssäle; zu den Tribünen führt vom großen Hofe aus eine besondere Treppe. Im Uebrigen enthält dieses Geschoß, abgesehen von einigen Zimmern für die Presse und einer daneben gelegenen, durch eine Treppe mit dem Buffet im zweiten Obergeschosse verbundenen Küche die für die Oberrechnungskammer bestimmten Räumlichkeiten, die gegen den Verkehr nach den Tribünen völlig abgeschlossen sind und zu denen von der Brühl'schen Gasse aus eine besondere Nebentreppe führt. Der Gesammtaufwand würde sich ausschließlich der Kosten für die Mobiliareinrichtung auf 5,632,780 Mark oder rund 5,633,000 Mark und somit der noch zu bewilligende Betrag, da 1,000,000 Mark als erste Baurate bereits von der vorigen Ständeversammlung bewilligt worden und 200,000 Mark von der Stadtgemeinde Dresden zu erwarten sind, auf 4,433,000 Mark berechnen. Die Regierung fordert vorläufig nur eine weitere Baurate von 1,500,000 Mark.

Wiederholt und zuletzt auf dem vorigen Landtag ist die Uebernahme der den Lehrern an Volksschulen zu gewährenden Alterszulagen auf die Staatskasse angeregt worden. So sympathisch auch die Regierung diesen Anregungen gegenüberstand, so sah sie sich doch bisher außer Stande, denselben Folge zu geben, weil es an den hierzu nöthigen Mitteln fehlte, wenn man nicht zur Ausschreibung von Einkommensteuerzuschlägen verschreiten wollte. Die finanziellen Bedenken, welche die Regierung bisher hinderten, mit Vorschlägen zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage hervorzutreten, werden sich erledigen, wenn die von ihr jetzt den Ständen vorgeschlagene Reform der direkten Staatssteuern zur Verabschiedung gelangt. Da ferner die vorgeschlagene Steuerreform die Ueberweisung der vollen Grundsteuer an die Schulgemeinden vorsieht und damit im Allgemeinen eine erhebliche Besserung der finanziellen Verhältnisse der letzteren herbeiführen wird, so läßt sich gleichzeitig auch eine anderweite, nach Ansicht der Regierung dringend nöthige Regelung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer leicht durchführen. Die Alterszulagen werden namentlich in den kleinen Schulgemeinden als besonders drückend empfunden und die hierdurch erzeugte Mißstimmung beeinträchtigt nicht selten das gute Einvernehmen zwischen der Schulgemeinde und dem Lehrer zum großen Nachtheil für die Entwickelung der Schule. Während andererseits zu wünschen ist, daß gerade die alleinstehenden Lehrer an Schulen, die oft die Maximalkinderzahl haben, besonders tüchtig und arbeitsfreudig sind, befördert der Umstand, daß die Alterszulagen den Schulgemeinden zur Last fallen, nicht nur in den kleinen Schulgemeinden die Neigung, ihr Augenmerk auf junge Lehrer, die noch keine Alterszulagen erhalten, zu richten und solche auch bei Stellen mit erheblichem Kirchendiensteinkommen älteren erprobten Lehrern vorzuziehen, sondern auch bei den Lehrern, insbesondere bei den tüchtigen, das schon an sich vorhandene und erklärliche Streben, eine Anstellung in größeren Schulgemeinden zu erlangen, wo ihnen bei befriedigenden Leistungen und Verhalten ein Aufrücken in höheren Gehalt in sicherer Aussicht steht. Die jetzt bestehende Einrichtung benimmt ferner den Lehrern, welche in ihrer Stellung aus persönlichen oder in den sonstigen Verhältnissen liegenden Gründen an einer erfolgreichen Wirksamkeit behindert sind, mehr und mehr die Möglichkeit, in eine andere ihnen zusagende oder besser für sie geeignete Stelle zu gelangen, obwohl ein solcher Wechsel oft sehr erwünscht wäre und im Interesse der Schulgemeinden selbst liegen würde. Die vorgesehene Neuregulirung der Lehrergehalte berührt nur einen Theil der Schulgemeinden und auch diese nur hinsichtlich der Erhöhung des Mindestgehalts von 1000 Mk. auf 1200 Mk. Diese Erhöhung wird aber, wie ausdrücklich hervorgehoben werden soll, in keinem Falle zu einer Erhöhung der Schullasten führen. Zwar ist erfreulicher Weise die große Mehrzahl der größeren Schulgemeinden freiwillig zu einer angemessenen Erhöhung der Lehrergehalte über das Mindestmaß hinaus verschritten und es darf auch für die Zukunft Gleiches erwartet werden. Indessen betrug doch Ende Juni 1896 bei 3285 Schulstellen an den einfachen Volksschulen in den Landgemeinden und in den Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte das Einkommen nur bei 426 Stellen über 1100 Mk., bei 590 nur 1050 bis 1100 Mk. und bei 2269 nur 1000 bis 1049 Mk., wobei zu bemerken ist, daß bei den letztgenannten Stellen und zum Theil bei den an zweiter Stelle aufgeführten 590 die Spitzen über 1000 Mk. nur zufällige Nebeneinnahmen (Gartenbenutzung rc.) bedeuten. Es liegt aber im eigensten Interesse dieser Schulgemeinden, daß die von ihnen gewährten Minimalgehalte nicht allzuweit hinter den von den größeren Schulgemeinden gebotenen Gehalten zurückbleiben, soll nicht der schon oben hervorgehobene Zug der Lehrer nach den größeren Schulgemeinden noch mehr verstärkt werden. Die Erhöhung der Mindestgehalte der Lehrer bedingt auch eine angemessene Erhöhung der Mindestgehalte der Direktoren; sie ist aber mit Rücksicht auf die auch für diese neuerdings vorgesehenen Alterszulagen eine verhältnißmäßig geringere. An dem zeitherigen Unterschied zwischen den Direktorstellen an größeren Schulen mit 10 oder mehr Lehrern und den an kleineren Schulen mit weniger als 10 Lehrern hat die Staatsregierung ungeachtet einer auf Beseitigung dieses Unterschieds gerichteten Petition der sächsischen Schuldirektoren festhalten zu sollen geglaubt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. November.

Schwerin i. Mecklenburg. Der Regent Herzog Johann Albrecht hat sich heute Abend nach Berlin begeben zur Theilnahme an den Sitzungen des Kolonialrathes.

München. Wie festgestellt worden ist, sind bei einem Einsturz des Kellergewölbes im Maximilian-Keller im Ganzen 19 Personen verunglückt, davon sind 7 todt. 11 der Verunglückten wurden in das Krankenhaus überführt. Der Zustand eines der Schwerverletzten ist sehr bedenklich.

Tilsit. Die Memel geht mit Eis; die Schifffahrt ist geschlossen.

Wien. Eine gestern Abend veranstaltete Studentenversammlung, in welcher der Arbeiterführer Ellenbogen eine Rede über Nationalismus und Sozialismus hielt, wurde infolge lärmender Szenen polizeilich aufgelöst.

Wien. Der Präses der ungarischen Delegation, Graf Szapary, gedachte in seiner Ansprache an den König der letzten allerhöchsten Entscheidungen, welche die öffentliche Meinung in Ungarn elektrisirten, sodann der Anwesenheit Kaiser Wilhelms und des Königs und der Königin von Rumänien in Budapest. Hierbei sei hervorgetreten wie treu die ungarische Nation zu dem Dreibunde stehe, welcher die Grundlage der auswärtigen Beziehungen Oesterreich-Ungarns bilde, und wie freudig das ungarische Volk Verbündete des Beherrschers Oesterreich-Ungarns empfing.

Wien. Der Kaiser und die Kaiserin empfingen heute den Prinzen und die Prinzessin Albrecht zu Schaumburg-Lippe. Das prinzliche Paar wird an der heutigen Abendtafel theilnehmen.

Wien. Der Kaiser empfing heute Mittag zunächst die ungarische Delegation und alsdann die Reichsraths-Delegation. Die huldigenden Ansprachen der beiderseitigen Präsidenten beantwortete der Kaiser mit einer Thronrede, in der er u. A. sagte: Mit Befriedigung kann ich betonen, daß unsere Beziehungen zu allen Mächten die besten sind. Nach wie vor bildet unser Bundesverhältniß zu Deutschland und Italien die unverrückbare Basis unserer Politik. Mit Gefühlen warmer Genugthuung gedenke ich der Besuche, mit welchen mich Se. Majestät der deutsche Kaiser, mein treuer Freund und Bundesgenosse, hier in Wien und kürzlich in Budapest erfreut hat. Eine nicht minder dankbare Erinnerung bewahre ich meinem vorjährigen Aufenthalte in Rumänien und dem Gegenbesuche Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Rumänien.

Wien. Das Abgeordnetenhaus wählte Kramarcz zum ersten Vizepräsidenten und berieth dann die Nothstandsvorlage.

Paris. Der Kriegsminister hat den General Pellieux mit der Untersuchung der Angelegenheit des Majors Grafen Esterhazy beauftragt.

Petersburg. Infolge eines heftigen Weststurmes trat gestern hier Hochwasser ein, welches mehrere niedrig gelegene Stadttheile überschwemmte. Die Kellergeschosse liefen voll Wasser und die Einwohner derselben wurden obdachlos; auch Verkehrsstörungen traten ein. Auf der Newa riß der Sturmwind zahlreiche Barken von den Ankern los und beschädigte mehrere Dampferstege, sowie schwimmende Badeanstalten. Glücklicherweise ist Niemand verunglückt; gegen 1800 Obdachlose wurden durch die Polizei gespeist und untergebracht. Von Nachmittags 3 Uhr an verlief sich die Hochfluth. — Auch aus Reval wird gemeldet, daß dort gestern und vorgestern ein heftiger Sturm wüthete.

Konstantinopel. Die Meldung, der Botschafter Freiherr v. Calice hätte gestattet, daß die Angelegenheit Brazzafolli getrennt von der Angelegenheit der Orientbahnen erledigt werde, ist unbegründet. Folgendes verlautet bestimmt: Die Pforte sei bereit, in dem Falle Brazzafolli die gewünschte volle Genugthuung zu ertheilen, es sei aber unrichtig, daß in diesem Falle die Abreise Calice's unterbliebe; die Angelegenheit der Orientbahnen, welche durch unausgesetzte türkische Winkelzüge seit Langem künstlich verschleppt werde, müsse ebenfalls zu dem im Ultimatum festgesetzten Zeitpunkt ihre Erledigung finden, widrigenfalls Calice am Donnerstag mit dem Orient-Expreßzug Konstantinopel verlassen werde, worauf sofort die vorbereitenden Zwangsmaßregeln Platz greifen würden. Die Panzerschiffe „Kaiser Franz Joseph" und „Wien", sowie andere Schiffe des kretischen Geschwaders, ferner eines der hiesigen Stationsschiffe mit einem Delegirten der österreichisch-ungarischen Botschaft an Bord seien für den erwähnten Fall beauftragt, nach Messina zu fahren und volle Genugthuung zu nehmen. Der Betrieb der Orientbahnen würde eingestellt und andere wichtige politische Repressalien würden ergriffen werden. Die schwebe türkische Finanzoperation würde durch die Verweigerung der Zustimmung Oesterreich-Ungarns verhindert werden.

New-York. Der „New-York Herald" meldet aus Guayaquil, die Stadt Loreto sei durch einen Orkan zerstört worden; nur wenige Gebäude seien stehen geblieben; der Verlust an Menschenleben sei groß. — Nach einer Meldung desselben Blattes aus Lima ist Präsident Vierola am Fieber erkrankt; sein Zustand ist ernst.

Washington. Präsident Mac Kinley unterzeichnete den jüngsten Weltpostkongreßvertrag, welcher am 1. Januar 1898 in Kraft tritt.

Wellington (Neu-Seeland). Der hiesige deutsche Vice-Konsul Castendyck ist gestorben.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit der Herzog Philipp von Württemberg ist gestern früh 7 Uhr 30 Min. mit Gemahlin, von Wien kommend, zum Besuch Ihrer Königl. Hoheiten Prinz und Prinzessin Johann Georg hier eingetroffen und hat im Palais Parkstraße 7 Wohnung genommen. Der Aufenthalt der württembergischen Herrschaften währt bis zum 23. d. M.

— Ihre Königl. Hoheit Frau Prinzessin Karl Anton von Hohenzollern ist gestern Abend 9 Uhr 25 Min. hier eingetroffen und in der Königl. Villa Strehlen abgestiegen.

— Der dem Landtage zugegangene Gesetzentwurf betreffend den Ersatz von Wildschäden hat sich, dadurch nöthig gemacht, daß das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich die Verpflichtung zum Ersatz von Wildschäden über das bestehende sächsische Recht hinaus wesentlich ausdehnt. Während das letztere sie nur in den beiden Fällen kennt, 1. daß ein durch die Grundrechte beseitigtes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden nach dem Gesetze vom 25. November 1858 gegen Entschädigung wieder hergestellt und nicht abgelöst ist, 2. daß eine Jagdenklave dem Besitzer des umschließenden Grundstücks zur Bejagung überlassen ist, spricht das Bürgerliche Gesetzbuch die Entschädigungspflicht für alle Fälle aus, in denen dem Eigenthümer des beschädigten Grundstücks die Jagd nicht zusteht. Um letzterenfalls zu verhüten, daß der Geschädigte sich an die einzelnen Mitglieder der Jagdgenossenschaft halten muß, ertheilt die Vorlage den Jagdgenossenschaften die juristische Persönlichkeit und bezeichnet diese als den haftpflichtigen Theil. Im Uebrigen beschränkt sich die Vorlage im Wesentlichen auf die Regelung des Entschädigungsverfahrens. Wie nach § 13 des Gerichtsverfassungsgesetzes zulässig ist, schließt sie, da es sich zumeist um geringfügige, rasch zu erledigende Ansprüche handelt, den Rechtsweg aus und verweist die Entscheidung dieser Streitigkeiten im Anschluß an die älteren sächsischen Bestimmungen an die Amtshauptmannschaften. Das Gesetz tritt gleichfalls erst mit dem 1. Januar 1898 in Kraft.

— In den außerordentlichen Etat sind außer den früher genannten Forderungen noch die folgenden eingestellt: 100,000 Mk. als Berechnungsgeld für Mobiliar-Ausstattung des neuen Polizeigebäudes zu Dresden; 620,000 Mk. für Baulichkeiten, Umbauten und Beschaffung von Mobiliar bei der Anstalt Hochweitzschen; 450,000 Mk. für Erweiterungsbauten bei Lehrinstituten der Universität Leipzig; 271,500 Mk. für Erwerbung eines Grundstücks für das Realgymnasium zu Annaberg, sowie damit zusammenhängende bauliche Veränderungen, Erbauung je einer Turnhalle für dieselbe Anstalt und das Gymnasium zu Bautzen, sowie eines Gebäudes für den physikalischen und chemischen Unterricht beim Realgymnasium zu Döbeln; 174,100 Mk. als Nachtragspostulat für Neubauten bei den Seminaren zu Annaberg, Plauen i. V. und dem Lehrerinnenseminare zu Dresden; 600,000 Mk. als Entschädigung an Gemeinden für Uebernahme fiskalischer Pflaster- und Straßenstrecken in eigene Unterhaltung; 400,000 Mk. zur planmäßigen Fortsetzung der Elbstromkorrektionsbauten; 1,247,000 Mk. zur Vermehrung der Reparaturstände für Lokomotiven, sowie für Personen- und Güterwagen; 1,033,500 Mk. für Umbau des Bahnhofs Klieritzsch; 1,000,000 Mk. als erste Rate für Erweiterung des Bahnhofs Gera (Reuß); 330,000 Mk. zur Erweiterung des Bahnhofs Gaschwitz; 187,000 Mk. zur Erweiterung des Bahnhofs Erdmannsdorf; 220,000 Mk. zur Erweiterung des Bahnhofs Neumark; 200,000 Mk. zur Erweiterung des Bahnhofs Zeitz; 151,000 Mk. zur Erweiterung des Bahnhofs Meuselwitz; 125,000 Mk. zum Umbau des Bahnhofs Großschönau; 72,200 Mk. unter Kürzung des von der Gemeinde Fleißen übernommenen Beitrags zur Errichtung der Haltestelle Fleißen; 181,000 Mk. zur Errichtung einer neuen Verbindungsbahn zwischen Hafen und Bahnhof Riesa und Herstellung neuer Rangirgleise an diesem Bahnhofe; 71,500 Mk. zur Erweiterung der Gleisanlagen in Auerbach unterer Bahnhof; 89,000 Mk. zur Vermehrung der Gleise auf der Westseite des Bahnhofs Bienenmühle; 344,000 Mk. für Beseitigung des Lessingstraßen-Ueberganges am Ostende des Bahnhofs Zittau; 196,000 Mk. für Beseitigung eines Wegüberganges am Bahnhofe Siegmar; 117,000 Mk. zur Erweiterung der Unterführung der Meißnerstraße am Haltepunkt Cotta; 77,800 Mk. für Verlegung der Staatsstraße von Zschopau nach Ehrenfriedersdorf auf Bahnhof Wilischthal; 75,000 Mk. für Unterführung der Schleizerstraße in Gera; 77,000 Mark zur Erbauung eines Postdienst- und Beamtenwohngebäudes auf Bahnhof Zittau; 66,700 Mk. zur Verlegung der Eilgutverwaltung auf dem Dresdner Bahnhofe in Leipzig, sowie zur Erweiterung der Gepäck-Expedition und Errichtung eines Arbeiter-Aufenthaltsgebäudes daselbst; 1,390,000 Mk. zum Arealerwerb für ein drittes und viertes Gleis zwischen Leipzig und Gaschwitz, ferner zur Erweiterung der Haltestelle Leipzig-Connewitz und zur Anlegung eines Haltepunktes Großstädteln; 1,320,000 Mk. zum Ausbau des zweiten Gleises zwischen Schönbörnchen und Meerane; 1,109,000 Mk. als zweite Rate für Verlegung der Bahnlinie Schwarzenberg-Zwickau zwischen Aue und Stein-Hartenstein; 1,023,000 Mk. zur Herstellung des zweiten Gleises der Strecke Rossen-Triebischthal; 644,500 Mark zur Herstellung des vierten Gleises zwischen Coswig und Pieschen; 530,000 Mk. zur Herstellung des zweiten Hauptgleises zwischen den Bahnhöfen Aue und Stein-Hartenstein; 357,600 Mk. zur Verstärkung des Oberbaues auf der Linie

Pfund's Nervöse Kinder milch. (schmeckt) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 29. Trockene Fütterung.